

II - 2498 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE**

2.12.1987

Zl. 70 0502/144-Pr.2/87

- 1027 IAB

1987 -12- 04

zu 1016 1J

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament

1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing.  
Dr. Peter Keppelmüller und Genossen vom 8. Oktober 1987, Nr. 1016/J, be-  
treffend Pressearbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie  
am Beispiel einer aktuellen Umweltreportage der Zeitschrift  
"Der Wiener", beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Gerade im sensiblen Umweltbereich könnte eine sogenannte Korrektur, wie sie  
hier angedeutet wird, sehr leicht als Versuch einer Pressezensur gewertet  
werden. Auch sollte jeder Schritt unterlassen werden, der unter  
Journalisten den Eindruck erweckt oder verstärkt, daß jede kritische  
Berichterstattung in irgendeiner Form in einer politischen Intervention  
mündet. Die Erfahrungen diesbezüglich leidgeprüfter Medienvertreter müssen  
meines Erachtens nach nicht noch durch mein Zutun vergrößert werden.

Zu 2.:

An der Berichterstattung in der Zeitschrift "Der Wiener" zum Thema "Wo der  
Dreck am meisten stinkt" hat das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und  
Familie nicht mitgewirkt, weil jeder offizielle Pressekontakt über die  
Presseabteilung läuft und in dieser weder Unterlagen noch Informationen  
explizit in diesem Zusammenhang angefordert wurden. Im übrigen widerspricht  
es den Usancen, daß im Ministerium Reportagen oder Zeitungsberichte re-  
vidiert werden. Es ist dies bei uns einfach nicht üblich.

- 2 -

Zu 3.:

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie informiert wie kaum ein anderes Ministerium permanent und laufend offiziell über angestrebte, geplante oder zu realisierende Verbesserungen in der Umweltpolitik. Durch diese offensive Informations- und Aufklärungsarbeit ist es gelungen, eine weitere Steigerung in der Sensibilität unter der Bevölkerung hinsichtlich der Umwelthanliegen aber auch unter Verantwortlichen in der Politik, Wirtschaft und im Kommunalwesen zu erzielen. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie versteht sich in erster Linie als Servicestelle für alle Bürger und als Betreiber einer Politik, welche die Gesundheit der Menschen, die Erhaltung und den Schutz der Natur als wichtige Aufgabe betrachtet. Wenn es zu Informationslücken oder Mißverständnissen in irgendeiner Form kam, waren wir stets bemüht und bestrebt, diese in angemessener Form durch zusätzliche Informationen auszugleichen. An eine Pressezensur jedoch wurde noch in keinster Form gedacht.

Zu 4.:

Über Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation, die in den letzten Jahren getätigt wurden, hatten meine Vorgänger im Ministerium schon vielfach die Gelegenheit, ausführlich zu berichten.

Das mir unterstehende Umweltbundesamt ist vor allem verpflichtet, jetzt unter meiner Federführung Umweltschutzmaßnahmen vorzubereiten, damit eine Verbesserung der Umweltqualität in Österreich tatsächlich erzielt werden kann. Die Konzentration auf diese Arbeit erfordert alle vorhandenen persönlichen und materiellen Ressourcen, sodaß sich die Experten im Ministerium ausschließlich auf Wesentliches konzentrieren. Zur Erinnerung: Die entscheidenden umweltrelevanten Initiativen des Bundesministeriums inklusive des Umweltbundesamtes sind:

- o Umsetzung des kürzlich beschlossenen Smogalarmgesetzes in die Praxis, vor allem durch Einrichtung eines Smogalarmmeßnetzes
- o Vorbereitung eines Umweltschutzgesetzes, das insbesondere die Begrenzung von Luftschadstoffen aus Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik erlaubt
- o Vorbereitung der Vollziehung des Chemikaliengesetzes, sodaß gewährleistet ist, daß kein neuer Stoff ungeprüft auf den Markt kommen kann etc.

- 3 -

- o Reduktion der Fluorkohlenwasserstoffe um rund 1/4, das sind immerhin 1.000 Tonnen, im nächsten Jahr
- o Vorbereitung einer Novelle zum Sonderabfallgesetz, und Fortschreibung des Sonderabfallkonzeptes.

Diese Maßnahmen sind weitere wichtige Schritte, um dem Grundsatz einer vorsorgenden Umweltpolitik Rechnung zu tragen.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive script that appears to be the name 'Fle'.